

# Tiefe Steuersätze über dem Matterhorn

**STEUER- UND STANDORTPOLITIK** Die internationale Angleichung der unterschiedlichen Steuersysteme erhöht den Druck auf die Sätze für Unternehmensgewinnsteuern. Denn nur noch so kann sich die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb von ihrer Konkurrenz unterscheiden.

SYNES ERNST

Vordergründig sieht alles noch gut aus: Nach der von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) vergangene Woche veröffentlichten Statistik haben ausländische Unternehmen noch nie so viel in der Schweiz direktinvestiert wie im Jahr 2007. Die Kapitalimporte stiegen innert eines Jahres um 52,9% von 38,7 Mrd auf 59 Mrd Fr. Die Erträge aus Direktinvestitionen verdoppelten

## Die Rechtssicherheit ist einer der stärksten Trümpfe der Schweiz im globalen Standortwettbewerb.

sich von 28 auf 53 Mrd Fr. Angesichts dieser Zahlen kommt Peter Baumgartner, Direktor des Verbands der Industrie- und Dienstleistungskonzerne der Schweiz (Swissholdings), zum Schluss: «Die Fakten sind eindeutig. Unser Land ist ein beliebter Investitionsstandort.»

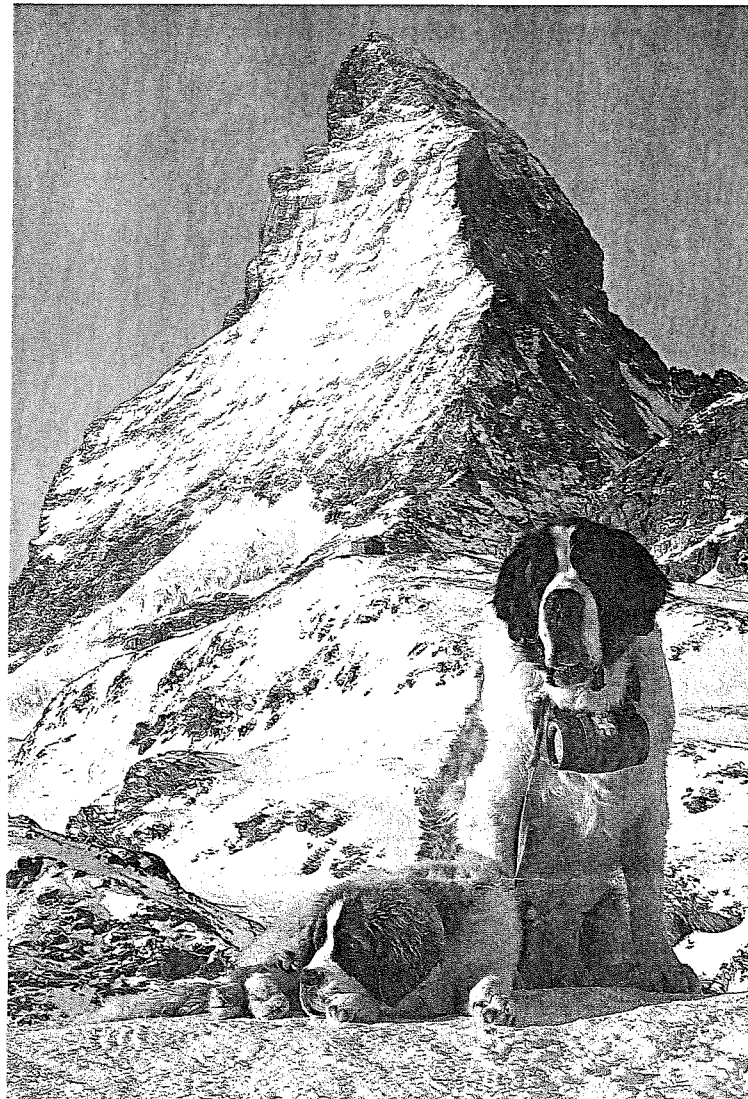
Doch wie lange noch? Auch wenn ausländische Unternehmen, für die ein stabiles Umfeld von vorrangiger Bedeutung ist, «die wirtschaftliche Robustheit und die Widerstandskraft der Schweiz jetzt noch hoch einschätzen», sei eine gewisse Verunsicherung spürbar, meint Baumgartner.

### Klare Botschaft nötig

Diesen Eindruck bestätigt der Solothurner Finanzdirektor Christian Wanner. Der Präsident der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (KdK) glaubt, dass der labile Zustand im Steuerstreit zwischen der EU und der Schweiz verunsichern könne. Seiner Ansicht nach braucht es mehr denn je die klare Botschaft: «Wir unterziehen uns keinem Diktat der EU.» Eine solche Botschaft gebe investitions-willigen Unternehmen Rechtssicherheit für einen Planungshorizont von fünf bis zehn Jahren, ist Wanner überzeugt.

Kenner des Direktinvestitionsbereichs, wie der Direktor von Swissholdings oder Martin Naville, CEO der Swiss-American Chamber of Commerce (Amcham), teilen die Ansicht Wanners, wonach Rechtssicherheit einer der stärksten Trümpfe der Schweiz im globalen Standortwettbewerb ist.

Dazu gehört nach Auffassung eines steuerpolitischen Vorden-



Was Barry und Matterhorn für Touristen, sind tiefe Gewinnsteuersätze für investitions-willige Unternehmen.

kers aus der Wirtschaft, der nicht namentlich genannt sein will, dass die Schweiz ihrerseits die internationalen Spielregeln einhält. Für sie sei es enorm wichtig, dass ihr Steuersystem weltweit anerkannt werde. Denn nur so lasse sich verhindern, dass die Schweiz immer wieder auf schwarzen Listen der

OECD oder der EU erscheine. Der Experte: «Für den Investitionsstandort Schweiz ist das nicht gut.»

Deshalb sei es nötig, dass man sich im Bereich der Bemessungsgrundlagen schrittweise dem Ausland angleiche, während man bei den Gewinnsteuersätzen alles un-

ternehmen müsse, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Mit andern Worten: Je mehr die Schweiz versucht, durch eigene Steuerreformen die zum Beispiel von der EU kritisierte steuerliche Ungleichbehandlung in- und ausländischer Erträge bei Holding-, gemischten und Verwaltungsge-

### STEUERSTREIT

#### Die Schweiz dauernd am Pranger

**2001 bis 2005** Bei den Verhandlungen mit der EU über die Bilateralen Verträge II kommt es in der Frage der Zinsbesteuerung zu Spannungen zwischen der Schweiz und der EU. Vor allem Deutschland kritisiert 2004 die Praxis von Schweizer Banken und Steuerbehörden. Mit dem Abschluss der Bilateralen II endet dieser Streit.

**Seit 2005** Streit zwischen der Schweiz und der EU über kantonale Steuerprivilegien für Unternehmen. Die Schweiz weist wiederholt Vorwürfe zurück, diese verstießen gegen das Freihandelsabkommen von 1972.

**Mai 2007** Die EU-Kommission erhält vom Ministerrat ein Verhandlungsmandat über den Steuerstreit mit der Schweiz. Der Bundesrat zeigt sich aber nur zu einem Dialog, nicht zu Verhandlungen bereit.

**Bis Ende 2008** In Gesprächsrunden erläutern Vertreter der Schweiz und der EU die gegenseitigen Standpunkte.

**Frühjahr 2008** Die Schweiz gerät in den Strudel des deutsch-österreichischen Steuerstreits. Deutsche Politiker wie Finanzminister Peer Steinbrück verschärfen ihre Drohungen.

**Oktober 2008** Deutschland und Frankreich wollen vor dem Hintergrund der Finanzkrise gemeinsam stärker gegen Steuerflucht vorgehen und dabei die Schweiz (wieder) auf eine Schwarze Liste der OECD setzen.

**Dezember 2008** Eine dreiköpfige Delegation des Bundesrats präsentiert in Brüssel die Vorschläge zur Unternehmenssteuerreform III.

Zudem sollen auch konzerninterne Transaktionen von Steuern befreit werden. Gleichzeitig sollen die Kantone auf die Kapitalgewinnsteuern verzichten können.

Die Wirtschaft lobt diese Massnahmen als «richtigen Schritt zur Steigerung der Standortattraktivität», wie es in einer Stellungnahme des Wirtschaftsverbands Economiesuisse heisst. Bei Swissholdings stehen sie zuoberst auf der Liste der internationalen Trends in der Konzernbesteuerung. Doch man will mehr – die Senkung der Gewinnsteuersätze.

#### Wichtig für die Shortlist

«Für ein Land wie die Schweiz, das keinen so grossen Binnenmarkt wie die USA oder Deutschland zu bieten hat, sind Steuern immer ein sehr wichtiger Standortfaktor», sagt Christoph Schaltegger, Fachmann für Steuerfragen bei Economiesuisse. Deshalb müsse die Schweiz in diesem Bereich immer etwas bieten können, was sie von der Konkurrenz abhebe. «Den Gewinnsteuersätzen kommt dabei eine Signalfunktion zu.»

Entscheidend sei das in der Frühphase von Investitionen, sagt Amcham-CEO Naville: «Beim Zusammenstellen der Shortlist der fünf Länder, die für eine Ansiedlung in Frage kommen, spielt die steuerliche Belastung eine entscheidende Rolle.» Sei man einmal drauf, so seien dann andere Faktoren wichtiger, so zum Beispiel die Nähe zu Flughäfen und Universitäten, die vorhandenen Clusters, Bildungs- und Kulturangebot sowie Lebensqualität. Naville: «Wäre es nur nach den Steuern gegangen, hätte der US-Nahrungsmittelkonzern Kraft sein Headquarter im Kanton Obwalden errichten müssen, nicht in Zürich.»

#### Kantone leisten Widerstand

Niedrigere Gewinnsteuersätze: Was einfach klingt, lässt sich innenpolitisch jedoch nicht so leicht umsetzen. Denn die Finanzdirektoren haben Bundesrat Hans-Rudolf Merz bereits klar gemacht, dass weitere substantielle Steuer-senkungen für die Kantone untragbar wären. FdK-Präsident Wanner zur «Handelszeitung»: «Bei einer Lösung, die nur auf eine Senkung der Unternehmensgewinnsteuern hinausläuft, machen wir nicht mit. Wir sind bereit, über Lösungen nachzudenken. Aber es braucht einen Vorschlag, der politisch mehrheitsfähig ist. Doch hier zeichnet sich noch nichts ab.»